Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Theile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

№ 51. Donnerstag, den 1. Mai **1902.**

Oeffentliche Sitzung
des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Montag, den 5. Mai 1902, von Nachmittags 3 Uhr an

im Verhandlungssaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Schwarzenberg, am 26. April 1902.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Krug von Nidda.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche für **Hundshübel** Blatt 86 auf den Namen **Carl Robert Flemmig** eingetragene Grundstück soll am

17. Juni 1902, Nachmittag ½4 Uhr

in Möckels Gasthof in Hundshübel im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 2 Hektar 20,0 Ar groß und ohne Inventar auf 5050 M. — Pf. geschätzt. Es ist mit 59,24 Steuereinheiten belegt und besteht aus einem Wohngebäude mit Stall und Keller und einem Scheunengebäude mit Keller. Die Brandkasse beider Gebäude beträgt 2420 Mark.

Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist Jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 1. März 1902 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Vertheilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Eibenstock, den 24. April 1902.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die **Rathsexpeditionen** bleiben

Dienstag, den 6. und Mittwoch, den 7. Mai 1902

vorzunehmender Reinigung halber geschlossen.

Im **Standesamte** werden Anmeldungen von Geburts- und Sterbefällen **Vormittags** von **10 bis 11 Uhr** entgegengenommen.

Eibenstock, den 30. April 1902.

Der Rath der Stadt.
Hesse. Müller.

Feuerwehrübungen betreffend.

Mit Rücksicht auf die bei den letzten Feuerwehrübungen vorgekommenen Unzuträglichkeiten ist beschlossen worden, die Uebungen den Mannschaften nicht wie bisher durch den Polizeidiener bekannt zu geben, sondern **ausschließlich nur durch Anschlag am Spritzenhause bekannt zu machen.**

Die nächste Feuerwehrübung findet

am 11. Mai 1902, früh 6 Uhr

statt. Die Mannschaften haben sich zur gedachten Zeit pünktlich vor dem Spritzenhause einzufinden und Armbinden anzulegen.

Entschuldigungen sind rechtzeitig an den Herrn Kommandanten einzureichen.

Feuerlöschordnungen liegen nach der Uebung zur Einsichtnahme im Spritzenhause aus.

Carlsfeld, am 24. April 1902.

Der Gemeinderath.
Brandt, G.-V.

Bekanntmachung.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommensteuereinschätzung den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmung in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 alle Personen, welche hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, aufgefordert, wegen Mittheilung des Einschätzungs-Ergebnisses sich bei der hiesigen Ortssteuereinnahme anzumelden.

Carlsfeld, am 29. April 1902.

Der Gemeindevorstand.
Brandt.

Die französischen Kammerwahlen.

Am Sonntag haben in ganz Frankreich die Kammerwahlen stattgefunden. Jeder Franzose fühlte sich als souverän, als Mitbestimmer über die politischen Geschicke seine Vaterlandes. Es ist dabei nicht so lebhaft zugegangen, wie das vorige Mal, als die Wahlen unter der Einwirkung der unglückseligen Dreyfus-Affäre erfolgten und ein Bild der wüstesten Parteileidenschaftlichkeit boten.

Die Republik in ihrer jetzigen Form ist auch aus diesem Wahlkampf als Siegerin hervorgegangen und das ist für den Frieden Europas ersprießlich. Die Monarchie hat in Frankreich keinen Boden mehr. Die legitime Monarchie der Bourbonen, deren Fahne die drei Lilien zeigte, ist mit dem Grafen Chambord ausgestorben; die Nebenlinie der Orleans hat nie im Volk festen Boden gefaßt und hat sich zudem durch ihr Verhalten gegen das alte Stammhaus moralisch gerichtet. Philipp Egalité, der 1793 für den Tod des Königs stimmte — in der Hoffnung, selbst einmal auf den Thron zu gelangen — fiel selbst dem Henkertode anheim. Sein Sohn Louis Philipp betrog den Erben Frankreichs um die Königskrone und setzte sie sich selbst aufs Haupt. Nachdem er sich ein Riesenvermögen „gemacht“ hatte, wurde er 1848 verjagt. Die Napoleoniden endlich haben keinen historischen Anspruch auf die Krone; seinen hervorragenden persönlichen Eigenschaften verdankte der Gründer der „Dynastie“ seine Kaiserkrone; der Abglanz davon und die Volks-Erinnerung brachte auch noch den „kleinen Napoleon“ auf den Thron. Aber im Jahre 1870 wurde die napoleonische Legende gründlich zerstört. In Sedan liegt sie begraben. Frankreich ist ohne Herrscher und die Unwürdigen, die nach der Krone streben, sind ohne Aussichten.

Als Mac Mahon noch lebte, lagen die Dinge anders. Da hatten sich die Franzosen noch nicht daran gewöhnt, die Republik als etwas Dauerndes zu betrachten. Die komische Figur des Generals Bum-Bum, Boulanger, hätte keine politische Bedeutung gewinnen können, wenn die Franzosen nicht an das bevorstehende Ende der Republik als den ganz natürlichen Wechsel in der Erscheinungen Flucht geglaubt hätten. Die Boulange ist ohne dauernden Schaden für die Republik vorübergegangen, ebenso der Wilson-, der Panama- und der Dreyfus-Skandal. Es müßten nach diesen erstaunlichen Kraftproben schon ganz außergewöhnliche Verhältnisse eintreten, wenn man sich den Bestand der Republik gefährdet denken sollte.

Die Wahlen vom Sonntag, die mit einem großen Siege der verschiedenen Sorten Republikaner endeten, haben das von Neuem gezeigt. Man darf den ruhigen Verlauf der Wahlkampagne auf das Verdienst-Konto des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau setzen. Er hat es verstanden, die Verhältnisse in Frankreich zu stabilisiren, nachdem er das Land von dem Abgrund zurückgerissen hatte, an den die Dreyfus-Affäre es getrieben. Die Beschwichtigung der Gemüther, die sein Regiment zu erzielen wußte, hatte gar nicht besser bewiesen werden können als durch den Mangel an Leidenschaftlichkeit in dem diesmaligen Wahlkampf. Wohl haben die Nationalisten einige Anstrengungen gemacht, um das Blut der Wähler in Wallung zu bringen, aber die Wiederaufrollung der Dreyfus-Angelegenheit war dazu ein sehr ungeschicktes Mittel. Anderseits trug der Umstand, daß die Regierung sich strenger Neutralität befliß, außerordentlich viel dazu bei, daß die Hitzigkeit des Wahlkampfes keine hohen Siedegrade erreichte.

Die Gruppirung der Wähler hat sich im großen und ganzen in der Weise vollzogen, daß einfach ein Kampf zwischen den Ministeriellen und Antiministeriellen, zwischen den Freunden des Kabinets Waldeck-Rousseau und dessen Gegnern, zu denen die Nationalisten und die Konservativen, außerdem die Republikaner der Meline'schen Richtung zählen, ausgefochten wurde. Ein Kampf um die Staatsform, wie früher, hat diesmal nicht mehr stattgefunden. Die Nationalisten versprechen sich von dem Sturz des Ministeriums Waldeck-Rousseau, welches sich so große Verdienste um die Republik erworben hat, welches die Welt-Ausstellung organisirte, das Bündniß mit Rußland enger knüpfte, die Beziehungen zu Italien besserte, die Arbeitszeit in den Staatsbetrieben und Bergwerken regelte und mit einem Programm weiterer Reformen vor die Wähler tritt, ein Wiederaufleben der früheren Tendenzen im Staatsleben Frankreichs. Dieser Hoffnung werden sie sich jetzt entschlagen müssen. Die früheren Monarchisten werden sich, wenn sie politische Bedeutung behalten wollen, den „Ralliirten“ anschließen müssen — so nennen sich diejenigen Konservativen, die auf den Rath des Papstes ihren Frieden mit der Republik gemacht haben. Die innere Befestigung der französischen Republik hat mit den Wahlen vom Sonntag einen guten Schritt vorwärts gethan.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser wird gelegentlich der diesjährigen Kaisermanöver Ende August dieses Jahres kurze Zeit in Posen residiren, wo der kaiserliche Hof beim kommandirenden General Quartier nimmt. Wie der „Post“ hierzu weiter gemeldet wird, werden auf Einladung des Monarchen außer dem Kronprinzen Wilhelm auch die Thronfolger von Rußland, Oesterreich-Ungarn und Sachsen zu diesem Zeitpunkt in Posen anwesend sein.

— Graf Waldersee hielt sich einige Tage in München auf. Nach einem Berliner Lokalblatt soll er Uebermittler des Wunsches sein, das zweite bayrische Armeekorps, dessen Kommando jetzt in Würzburg ist, vollständig nach der Pfalz zu verlegen, wo bisher nur eine Division stand. Ferner soll der Graf eine Verständigung darüber herstellen, daß jährlich wiederkehrende Manöver zwischen den bayrischen und den übrigen deutschen Truppen als reguläre Institution eingeführt werden und endlich soll es seine Aufgabe gewesen sein, auf eine weitere Anpassung der bayrischen Uniform an die der preußisch-deutschen Korps hinzuwirken.

— Das Prozeßverfahren gegen den ehemaligen Unteroffizier Marten und seinen Schwager, den früheren Sergeanten Hickel, beschäftigt seit bald zwei Wochen die öffentliche Meinung und das Interesse an diesem forensischen Drama hat sich von Tag zu Tag gesteigert, ebenso wie es sich früher von Akt zu Akt gesteigert hat. Denn die jetzige, in Gumbinnen sich abspielende Verhandlung gegen die der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk Beschuldigten, Marten und Hickel, stellt bereits den vierten Akt dieses Gerichtsdramas dar. Der erste Akt spielte sich vor dem Kriegsgericht ab, welches beide Angeklagte freisprach. Das Oberkriegsgericht bestätigte dieses Urtheil in Bezug auf Hickel, sprach aber Marten der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk schuldig und verurtheilte ihn zum Tode. Die dritte Instanz, das Reichsmilitärgericht, hob alsdann beide Urtheile, sowohl das freisprechende gegen Hickel wie auch das verurtheilende gegen Marten, auf und verwies die Sache aufs Neue vor das Oberkriegsgericht. Die juristische Sachlage ist also zur Zeit die, daß das Oberkriegsgericht in Gumbinnen als obere Instanz über die seinerzeit von dem Kriegsgericht ausgesprochene Freisprechung beider Angeklagten zu entscheiden hat. Die Verhandlungen in Gumbinnen gehen ihrem Ende entgegen und im Laufe der nächsten Tage wird das Urtheil gefällt werden, dem man überall in Deutschland, ja bis über die Grenzen Deutschlands hinaus, mit außerordentlicher Spannung entgegensieht. Auffallend ist bei den jetzigen Verhandlungen die Menge neuen Materials, welche nach und nach zu Tage gefördert worden ist. Wie das Oberkriegsgericht dieses Material bewerthen und welche Schlüsse es aus ihm ziehen wird, steht dahin. Das aber steht schon jetzt fest, daß dies neu zu Tage getretene Prozeßmaterial greifbar darthut, wie nothwendig diese neue Verhandlung war. Eine auch in diesem Prozeßverfahren hervorgetretene sehr eigenthümliche Erscheinung, die allerdings nicht nur dem Krosigk-Prozeß, sondern allen sensationellen Prozessen eigen ist, ist die Unsicherheit der Zeugenaussagen. Viele von diesen Aussagen stehen sich diametral gegenüber. Zahlreiche Zeugen haben ihre Aussage gegenüber ihren früheren in dem vorhergehenden Verfahren wesentlich geändert, die einen nach der entlastenden, die anderen nach der belastenden Seite. Manche neue Zeugen wiederum sind mit Aussagen aufgetreten, die zum Theil in das Gebiet der Selbsttäuschung, zum Theil aber in das der freien Phantasie verwiesen werden mußten.

— Frankreich. Die am Sonntag vollzogenen allgemeinen Kammerwahlen werden die Zusammensetzung der Deputirtenkammer nicht wesentlich ändern. Die Regierung wird ihre Majorität von etwa 100 Stimmen behalten. Paris hat in seiner Mehrheit antiministeriell gewählt. Es müssen etwa 180 Stichwahlen stattfinden. Die Sozialisten haben sich, wie das bei dieser Partei in Frankreich Mode ist, stark zersplittert und haben eine Anzahl Mandate verloren.

— Rußland. Nach Warschauer Berichten findet der Prozeß gegen den wegen Spionage verhafteten Obersten Grimm und dessen Mitschuldigen bereits nach den russischen Ostern statt. Grimms Verurtheilung zum Tode ist nicht wahrscheinlich, da er Zeuge in einer zweiten Spionage-Affäre sein soll, in der es sich

SLUB
Wir führen Wissen.